

Mitteilung

öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	16.09.2019
Finanzausschuss	23.09.2019

Projektantrag "PRO-CITY" im EU-Programm "Horizon 2020"

Projektantrag „PRO-CITY“ im EU-Programm „HORIZON 2020“

Die Stadt Köln hat zusammen mit 9 weiteren europäischen Städten, der Universität Aarhus in Dänemark (Koordinator), den europäischen Städtenetzwerken Open&Agile Smart Cities (OASC) und EUROCITIES sowie den Forschungsinstituten Interuniversitair Micro-Electronica Centrum (IMEC), Digipolis DIGI, NEC Laboratories Europe und Engineering Ingegneria Informatica SpA im EU-Förderprogramm HORIZON 2020 im Projektauftrag „DT-Transformations-02“ einen gemeinsamen Antrag gestellt.

Die EU-Kommission sucht in diesem Aufruf beispielhafte Anwendungen für disruptive Technologien im öffentlichen Dienst der Mitgliedstaaten. Der Projektname lautet „PRO-CITY“ und steht für „Process remodelling and optimisation through opening up CITY service delivery“ (Prozessumbau und –optimierung städtischer Dienstleistungsangebote).

Die Verwaltung beabsichtigt, bis zu zwei Pilotmaßnahmen der sogenannten 1. Reihe-Städte zu prüfen und bei Eignung zu begleiten. Wenn möglich, können diese Maßnahmen nach vorheriger Abstimmung mit den betreffenden Dienststellen in der Kölner Stadtverwaltung umgesetzt werden. Für die Verwaltung sind vor allem Anwendungen im Bereich „Blockchain“ und digitale Sprachsteuerungsszenarien von Interesse. Beide Technologien wurden innerhalb der Verwaltung bereits in Proof of Concept Szenarien umgesetzt. Als technologische Enabler sind vor allem Dienstleistungen, unterstützt durch das „Internet der Dinge“, Virtual Reality oder künstlicher Intelligenz (KI) interessant. Im Antrag wurde Nachdruck darauf gelegt, dass potentielle Anwendungen eng mit dem Thema „Bürgerbeteiligung“ verknüpft werden.

Die Verwaltung profitiert im Rahmen des Projekts von der Expertise der europäischen Partner und kann gleichermaßen Erfahrungen zusteuern. Insbesondere der überregionale Austausch und die gemeinsame Bewertung von neuen Technologien nach Effizienz und Einsatzszenarien innerhalb der Verwaltung bergen großes Potential.

Da es sich im EU-Projekt um eine sogenannte „Research and Innovative Action“ handelt, ist es Aufgabe der technischen Partner und der 1. Reihe-Städte, Demonstrations- bzw. Prototypen zu entwickeln, die in Köln ggf. erprobt und weiterentwickelt werden können.

Kosten/Budget

Für das Gesamtprojekt wurde ein Budgetvolumen von 3,9 Mio. € veranschlagt. Für die Stadt Köln sind 10 Personenmonate für die Arbeit in den einzelnen Arbeitspaketen sowie ein Budget für andere direkte Kosten in Höhe von 15.000€ veranschlagt. Der maximale Zuschuss der EU beläuft sich auf 118.750€.

Vorteile für die Stadt Köln

Für die Stadt Köln ist es von großem Interesse, das EU-Projekt mit Stadtverwaltungen anderer Städte in Europa zu testen, da aufgrund der starken Themenführerschaft ein hohes Lernpotential für die Stadt Köln besteht und sich so ggf. auch die Möglichkeit eröffnet, aus anderen Fördertöpfen durch dieses starke Konsortium ebenfalls entsprechende Mittel zu akquirieren.

Wenn die EU-Kommission den Antrag genehmigt, wird zur weiteren Umsetzung des Projekts ein Ratsbeschluss eingeholt, der die Oberbürgermeisterin zur Zeichnung der betreffenden Verträge ermächtigt.

Projektstart wäre, vorbehaltlich der Genehmigung, am 1.01.2020 für eine Dauer von max. drei Jahren.

Gez. Reker